

N O T I Z E N

aus der 52. Sitzung des Bundesrates vom 9. Juli 1965

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Tschudi
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 55

Schriftliche AnträgeDepartement des InnernNeue Verordnung über die Organisation und den Betrieb der EMPA

Es besteht noch eine Differenz bei Artikel 14, Abs. 2. Auf Grund der in der Stellungnahme des EDI vom 30. Juni erteilten Auskunft verzichtet der Vorsteher des JPD auf seinen Antrag.

Bundesgesetz über die Gewährung von Stipendien, Inkraftsetzung und Vollzugsverordnung

Der Herr Bundespräsident äussert sich zu den mit dem FZD bestehenden Differenzen. Zu Art. 5, Abs. 1 verweist er auf die Vernehmlassung des EDI. Wichtig ist vor allem die Differenz bei Art. 5, Abs. 3. Die Stellungnahme des EDI beruhe auf der Erfahrung, dass die Festsetzung eines Maximums die Gefahr in sich schliesst, dass dieses Maximum in der Praxis zur Norm wird. Es komme dazu, dass das auf 6'000 Franken angesetzte Maximum der Kritik rufen werde, weil man für die Ausländer höhere Beiträge vorgesehen habe. In vielen Vernehmlassungen sei dies beanstandet worden. Dieses niedrigere Maximum erachte der Sprechende deshalb als gerechtfertigt, weil die Schweizer in der Regel gesamthaft gesehen billiger wegkommen als die Ausländer, die weit weg von ihrem "Zu Hause" mit erheblichen Auslagen rechnen müssen. Diese Schlechterstellung der Schweizer aber soll wieder korrigiert werden durch die Bestimmung von Abs. 3, die für Ausnahmefälle vorgesehen ist, in denen die vorerwähnten allgemeinen Ueberlegungen nicht zutreffen.

Herr Bonvin stellt fest, dass es sich um ein Problem handle, das in seinen Auswirkungen nicht zu überblicken sei. Er teilt die Auffassung, dass die Festsetzung eines Maximums die geschilderten Folgen haben könne. Ueberdies sei damit zu rechnen, dass bald Begehren kommen werden, die Maxima hinaufzusetzen. Nun sei aber festzustellen, dass es sich um eine Verordnung und nicht um ein Gesetz handle. Diese könne man leichter anpassen. Schwieriger stehe es nun aber rechtlich mit der Möglichkeit der Delegation. Kann der Bundesrat ein Recht delegieren, das ihm selber nicht zusteht? Er ist gemäss Abs. 2 auf 6'000 Franken beschränkt. Kann er ein



Departement ermächtigen, höher zu gehen?

Mit Bezug auf Art. 5, Abs. 1 halte das FZD an seinem Antrage nicht fest.

Herr Schaffner ist überzeugt, dass die Lösung des EDI nicht nur in der Praxis mehr Beweglichkeit gewährt, sondern den Bund gleichzeitig auch finanziell weniger belasten wird.

Herr von Moos bemerkt, dass die Justizabteilung ursprünglich keine Einwendungen erhoben habe. Erst als er ihr den Mitbericht des FZD unterbreitet habe, hätte sie gefunden, diese Auffassung sei richtig. Es sei davon auszugehen, dass das Gesetz bestimme, der Bundesrat bestimme den Stipendienhöchstbetrag. Man könnte nun den Einklang mit dem Gesetz dadurch herstellen, dass der Bundesrat den Höchstbeitrag festsetzen würde, bis zu welchem das Innere in Ausnahmefällen gehen kann.

Der Herr Bundespräsident antwortet, dass auch diese Lösung wieder den Nachteil der Festsetzung eines Maximums habe.

Nachdem Herr Bonvin seinen Antrag nicht aufrecht erhält, ist der Fall nach Antrag EDI entschieden.

ETH, weiterer Ausbau, Botschaft

Der Herr Bundespräsident bemerkt zum Mitbericht des JPD, dass man die Botschaft nicht weiter kürzen könne. Sie sei in einem knappen Stil gehalten, müsse aber zu einer grossen Zahl von Fragen Stellung nehmen. Den übrigen Wünschen habe das EDI Rechnung getragen.

Auf Wunsch von Herrn von Moos soll es im Ingress des Beschlussesentwurfes statt nur "Botschaft" "Botschaft des Bundesrates" heissen, um sie von den Botschaften parlamentarischer Kommissionen zu unterscheiden.

Kleine Anfrage Vincent vom 9. Juni 1965

Auf Antrag von Herrn Schaffner soll man nicht von einer Abwanderung in die Privatwirtschaft sprechen. Es wird beschlossen zu sagen: "...dass Mitarbeiter ausschieden und längere Zeit nicht ersetzt werden konnten".

Kleine Anfragen Freiburghaus, Gerosa und Welter

Auf Antrag von Herrn Wahlen werden am Schlusse des vorletzten Absatzes die Worte "oder Verfahren" gestrichen.

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde des Touring-Clubs und des Schweizerischen Strassenverkehrsverbandes gegen die Richtgeschwindigkeiten auf Autobahnen und Autostrassen

Herr Spühler ist mit dem Beschwerdeentscheid einverstanden, bekennt sich aber persönlich als Gegner der Richtgeschwindigkeiten.

Diese hätten zur Folge, dass sich vorsichtige Fahrer an die untere Grenze halten werden, während die Schnellfahrer sich an die Höchstgeschwindigkeit nicht halten werden. So erreiche man gerade das nicht, was man wolle, nämlich den flüssigen Verkehr. Er sei deshalb für das System der Höchstgeschwindigkeiten, mit welchen man u.a. in den USA gute Erfahrungen gemacht habe. Für die Behandlung der Beschwerde spiele das aber keine Rolle.

Herr von Moos stellt fest, dass der Entscheid rechtlich nicht zu beanstanden sei. Er schlägt zwei Aenderungen vor, denen der Rat zustimmt.

Herr Bonvin bemerkt, dass man die Ueberholgeschwindigkeit nicht regeln könne. Für Autobahnen, die stark frequentiert werden, sei die von Herrn Spühler vertretene Auffassung richtig. Dagegen glaube er, dass solange die Schweizer nicht über genügend Autobahnerfahrung verfügen, es vielleicht doch richtig sei, über zwei Zahlen im Sinne der Richtgeschwindigkeit zu verfügen.

Beschwerde Dr. de Bruine, Haarlem, betr. Landkauf

Herr Chaudet bedauert, dass sich EMD und JPD nicht einigen konnten. Er stellt fest, dass das fragliche Werk, die Strasse Interlaken - Thun sperre und grosse taktische Bedeutung habe. Von der Liegenschaft aus sehe man das Werk selber nicht, dafür aber das Gelände, auf dem sich die Aussenverteidigung abspiele. Wenn man hier nachgebe, bedeute das eine Schwächung der Position für künftige Fälle. Man könne den vorliegenden Fall nicht mit Fällen vergleichen, in denen Ausländer in schon bestehenden Häuser ihre Ferien verbringen.

Herr von Moos stellt fest, dass es sich keineswegs um eine Lockerung der Praxis handle. Massgebend für die Beurteilung dieses Falles sei noch die frühere Verfügung des EMD. Dort sei die Rede davon, dass sich im Umkreis von einem Km eine militärische Baute befinden müsse. Nach dieser Bestimmung könne es keine Rolle spielen, ob vielleicht später eine militärische Anlage erstellt werde oder ob man auf dem Gelände taktisch um die Anlage kämpfen werde. Der Fall werde also durch die gesetzliche Bestimmung nicht gedeckt. Nachdem es sich um einen Eingriff in das freie Vertragsrecht handle, dürfe man die Vorschrift nicht extensiv interpretieren.

Beschluss: Mit 4 zu 2 Stimmen wird dem Antrag des JPD zugestimmt.

Wahl des Direktors des Eidg. Amtes für Zivilschutz

Auf Wunsch von Herrn von Moos wird im Dispositiv der Ausdruck "gewählt" durch "berufen" ersetzt. Wie der Redner ausführt ist etwas von der bevorstehenden Wahl durchgesickert, was zur Folge hatte, dass das Fernsehen König auf dem Bildschirm haben möchte. ~~Herr von Moos hat gewisse Befürchtungen~~, dass Herr König zu weit gehende Erklärungen über die Art, seine Aufgabe durchzuführen, machen könnte.

Es liesse sich denken

Der Herr Bundespräsident vertritt die Auffassung, dass man König bedeuten sollte, nicht über seine künftige Aufgabe zu sprechen, sondern von seiner bisherigen Tätigkeit.

Herr Schaffner glaubt, man könne das ganz König überlassen.

Militärdepartement

Kleine Anfrage Bachmann vom 19. März 1965

Herr Chaudet fragt sich, ob der zweite Absatz, der vom JPD redigiert wurde, nicht etwas abgeschwächt werden sollte. Es werde da erklärt, dass man aus finanziellen Gründen die Heimarbeit ausschalten werde. Zusammen mit der Abnahme der Arbeitsvergebung für die Mannschaftsausrüstung der Truppe könnte das bei den Betroffenen heftige Reaktionen auslösen.

Herr Schaffner hält dafür, dass es notwendig wäre in einem Gesamtzusammenhang zu prüfen, was man alles zu Gunsten des Berggebietes vorkehren solle. Dort habe sich auch vieles geändert, sonst würde nicht gerade von dort der Ruf nach Fremdarbeitern laut werden. Statt nur die Fremdarbeiter zurückzudämmen, sollte man auch dafür sorgen, eigene Leute zur Verfügung zu stellen.

Herr Bonvin stellt fest, dass damit das Problem der Bekämpfung der Abwanderung aus den Berggebieten zur Diskussion gestellt werde. Es gebe ganze Dorfschaften, in denen ein Grossteil der Frauen für die Mannschaftsausrüstung arbeite. Man sollte genaue Bestandaufnahme dieser Verhältnisse machen.

Herr von Moos bemerkt, dass er das Problem nicht ^{selber} in seiner ganzen Tragweite studiert habe. Er hätte gegen eine Abschwächung nichts einzuwenden.

Beschluss: Das JPD wird beauftragt, zusammen mit dem EMD eine elastischere Formulierung im Sinne einer Abschwächung zu suchen. Der neue Text sollte dem Rate nächste Woche nochmals vorgelegt werden.

Finanz- und Zolldepartement

Teuerungszulagen für das Bundespersonal

Herr Schaffner schlägt vor, in der Pressemitteilung einen Passus einzuschalten, der einen Vergleich zwischen dieser Massnahme und der Behandlung der bäuerlichen Preisbegehren zieht und nachweist, dass sich der Teuerungsausgleich in den beiden Fällen auf verschiedene Perioden erstreckt. Beim Bundespersonal werde die Teuerung für einen längeren Zeitraum ausgeglichen als bei der Landwirtschaft. Der Index an den massgebenden Stichtagen war bei den Beamten tiefer als bei der Landwirtschaft. Auf die gleiche Periode berechnet werde prozentual der gleiche Teuerungsausgleich gewährt.

- 5 -

Diese Einschaltung sei nötig, um zu verhindern, dass nicht Angriffe kommen, die dem Bundesrat vorwerfen, er behandle sein Personal besser als die Landwirtschaft.

Herr Bonvin ist einverstanden. Das Resultat sei das gleiche, verschieden sei lediglich die Ausgangslage.

Herr Wahlen findet, dass man mit der ausdrücklichen Erwähnung der Landwirtschaft diese doch provozieren werde. Er frage sich, ob es nicht genüge das Datum anzugeben, von dem aus der Teuerungsausgleich berechnet werde?

Herr Spühler teilt diese Auffassung. Könnte man nicht sagen, dass die Beamten mit dem vorgesehenen Ausgleich von 5 1/2 % gegenüber dem bisherigen Stand effektiv nur 3 % erhalten?

Herr Schaffner ist einverstanden das Pressecommuniqué nach dem Vorschlage von Herrn Wahlen zu redigieren. Daneben sollte man aber der Presse einen Presserohstoff geben, aus dem sich die Gleichbehandlung von Bundespersonal und Landwirtschaft ergibt. Bei dieser Gelegenheit frage er sich auch, ob man für die Teuerungszulagen der Magistratspersonen nicht ebenfalls zu einer Lösung kommen sollte, die es nicht nötig macht, dafür, den ganzen Gesetzgebungsapparat in Bewegung zu setzen. *jedesmal*

Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass man die ganze Pressemitteilung umarbeiten sollte. Es sollte schon aus dem ersten Satz hervorgehen, dass die zusätzliche Teuerungszulage 3 % betrage. Wenn man nicht alles Wesentliche in den ersten Sätzen sage, dann riskiere man, dass Radio und Presse nur die ersten Sätze bringen, sodass die Oeffentlichkeit nicht richtig orientiert werde.

Beschluss: Die Botschaft soll erst am nächsten Freitag formell genehmigt werden. Bis dahin soll ein bereinigtes Pressecommuniqué vorgelegt werden.

In der Botschaft soll auf Seite 8 die Bemerkung betreffend allfälliger Erhöhung der AHV-Leistungen gestrichen werden. Auf Seite 11 soll statt von "verfassungsmässiger" Grundlage von "rechtlicher" Grundlage gesprochen werden, weil die Grundlage nicht nur die Verfassung, sondern auch ein Gesetz bildet.

Volkswirtschaftsdepartement

Anschlussprogramm; Koordinationskonferenz mit den Kantonen

Dieses nicht auf der Traktandenliste figurierende Geschäft wird antragsgemäss erledigt.

U m f r a g e

Hr. S c h a f f n e r

Gesundheitszustand von Herrn a. Bundesrat Stampfli

Wie Herr Schaffner mitteilt, ist Herr a. Bundesrat Stampfli gesundheitlich sehr geschwächt. Seine Familie befürchte das Schlimmste.

Hr. C h a u d e t

Aushändigung des Berichtes Daenzer an Oberstkorpskdt. Annasohn

Der Rat ist damit einverstanden, dass man den Bericht aushändigt, nachdem er bereits in der Presse erschienen ist.

Zweiter Miragebericht

Wie Herr Chaudet mitteilt, könnte das EMD diesen Bericht bis zum 25. Juli den Mitgliedern des Bundesrates austeilen. Die Kommission des Prioritätsrates tritt am 25. August zusammen. Der Bericht sollte deshalb in der ersten Sitzung nach den Ferien am 10. August verabschiedet werden. Der Rat ist damit einverstanden, dass bei dieser Sachlage der Bericht den Mitgliedern in die Ferien zugestellt wird mit einer Fristansetzung zur Stellungnahme.

Anfrage des Verteidigungsministers von Luxemburg wegen zur Verfügungstellung eines schweizerischen militärischen Experten

Wie Herr Chaudet mitteilt, hat der Verteidigungsminister von Luxemburg die Frage aufgeworfen, ob man nicht für die Verteidigung Luxemburgs (offensichtlich durch die zusätzlichen eigenen nicht der NATO unterstellten Truppen) einen schweizerischen Experten zur Verfügung stellen könnte. Der Verteidigungsminister habe ihm geschrieben und bereits den Namen des Experten verlangt.

Herr Wahlen möchte eine nähere Prüfung der Frage vorbehalten wegen der engen Gemeinschaft Luxemburgs mit der NATO.

Herr Schaffner schlägt vor, dass man die Zurverfügungstellung eines militärischen Experten ablehnen und statt dessen Luxemburg offerieren sollte, dass sie eigene Leute zu uns schicken, um hier unser System zu studieren. Dabei könnten auch Fragen gestellt werden, was man von ihrer Verteidigung halte.

Herr Bonvin weist darauf hin, dass wir vielleicht einmal froh sein könnten, uns durch solche Dienstleistungen Freunde zu erwerben.

Beschluss: Das EMD und das EPD werden beauftragt, den Text für ein Antwortschreiben aufzustellen.

Hr. W a h l e n

Unterredung mit U'Thant

Herr Wahlen konnte während 1 3/4 Stunden mit U'Thant sprechen. Dabei hat er den Eindruck erhalten, dass der UNO-Generalsekretär sachlich sehr viel gewonnen habe. U'Thant sei ein anständiger

ger guter Mann. Herr Wahlen habe beim ersten Zusammentreffen noch den Eindruck gehabt, dass U'Thant noch nicht auf der Höhe sei. Heute sei das ganz anders. U'Thant schätze die Stellung der USA in der Welt sehr richtig ein. Er habe sich über die Einstellung des nordvietnamesischen Staatschefs zu den Chinesen, aber auch über die Verhältnisse in der Dominikanischen Republik, sehr gut orientiert gezeigt.

Man sei auch auf den Sitz der UNCTAD zu sprechen gekommen, wobei es sich herausgestellt habe, dass die Italiener ein sehr unschönes Spiel treiben und die Volksabstimmung in Genf für ihre Zwecke ausnützen. Sie verbreiten Gerüchte über die feindliche Einstellung der Schweiz gegen die internationalen Organisationen. Herr Segni agitiere mit Macht für die Festlegung des Sitzes der UNCTAD in Rom. Diese Situation habe U'Thant dazu geführt, an der Pressekonferenz zu erklären, dass er sich den Beschlüssen der UNCTAD unterziehe. Diese italienischen Interventionen haben uns sehr geschadet. Die im Komitee und im Rate des BIT gestellten Bedingungen beweisen dies und erschweren unsere Stellung. Wenn wir die UNCTAD nicht bekämen und das BIT wegziehen würde, wäre die internationale Stellung Genfs unterhöhlt. Das könnte zu weiteren Abwanderungen internationaler Organisationen führen.

Herr Chaudet teilt mit, dass ihn bei seinem Aufenthalt in Teheran der iranische Premierminister gefragt habe, ob die Schweiz eine feindselige Haltung gegenüber den internationalen Organisationen einnehme. Auch dies sei eine Folge der Abstimmung in Genf. Der Sprechende sei sehr überrascht gewesen, welche Auswirkungen dieses Ereignis gezeitigt habe.

Herr Schaffner erklärt, froh darüber zu sein, dass Herr Wahlen die Angelegenheit mit grosser Energie verfolge. Er frage sich, ob man nicht alles daran setzen sollte, dass die UNCTAD nach Genf komme. Es stehe hier viel auf dem Spiel. Wenn die Italiener die UNCTAD bekommen, werde man das Verbleiben der schon in Genf niedergelassenen Organisationen noch teurer bezahlen müssen.

Der Herr Bundespräsident hofft, dass die Genfer noch zur Einsicht kommen werden. Man müsse sich bemühen, ihnen die Bedeutung der Frage klar zu machen. Was den Einbezug Lausannes in die Sitzfrage betreffe, sei festzustellen, dass das Baugewerbe im Waadtland nicht überbeschäftigt sei.

Herr Bonvin stellt fest, dass der Bund dem Kanton Genf mehr gegeben habe als allen andern Kantonen zusammen. In Genf herrsche eine sonderbare Mentalität. Die Genfer hätten zum Teil sehr ungeschickt operiert.

Was die BIT betreffe, sei man äusserst korrekt gewesen. Man habe das Darlehen zu 3 % gegeben und habe es sich gefallen lassen, dass das BIT Boden, der nicht ihm, sondern dem Bunde gehöre, in Anspruch genommen habe. Wegen der Haltung gewisser Genfer und der Reaktion gewisser Kreise hätten die Italiener und Oesterreicher Vorwände, um uns auszumanövrieren.

Dass für das Darlehen ein Zins zu bezahlen sei, halte der Sprechende immer noch für richtig. Man müsse aber prüfen, was man dafür zahlen wolle, dass die internationalen Organisationen in Genf bleiben. Auch die Genfer sollten veranlasst werden, ihre Mentalität zu ändern.

Herr Schaffner bemerkt, die Genfer Regierung habe uns beschworen, dafür zu sorgen, dass die UNCTAD nicht nach Genf komme. Jetzt habe sie vielleicht wieder ihre Meinung geändert. Herr Wahlen solle sich dadurch nicht beeinflussen lassen und sich sehr darum bemühen, dass wir den Sitz der UNCTAD bekommen.

Herr Wahlen erinnert daran, dass sich die konkrete Frage des Ausweichens nach Lausanne und der Waadt stelle. Der Waadtländer Staatsrat sei bereit etwas zu tun. Es sollte veranlasst werden, ein generelles Projekt für die Unterbringung internationaler Organisationen aufzustellen. Könnte nicht der Bund solche Studien unterstützen?

Herr Bonvin erklärt sich damit einverstanden, dass der Bund diese Studien bezahlen helfe.

Herr Wahlen bemerkt, dass eine grosse Schwierigkeit für die Niederlassung der UNCTAD in Genf darin liege, dass die Genfer am Plafond von 200 Leuten festhalten. Sie sind vorderhand im Hinblick auf die Wahlen nicht bereit, mehr zuzugestehen.

Als Ergebnis der Aussprache ist festzustellen, dass allgemein die Meinung besteht, dass wir einen Gegenangriff gegen die Angriffe auf unsere Position als Sitz internationaler Organisationen auslösen sollten. Der Einbezug Lausannes soll abgeklärt und gefördert werden, man darf aber auch die Aufklärung unserer Leute nicht vernachlässigen.

Marignanodenkmal Einweihung am 12. September 1965

Wie Herr Etter dem EPD mitgeteilt hat, erachte man es als erwünscht, dass sich der Bundesrat durch eines seiner Mitglieder vertreten lasse. Herr Wahlen ist der Meinung, dass eine Vertretung auf Botschafterebene auf beiden Seiten angemessen wäre. Es ergebe sich hier die Möglichkeit, die moderne Konzeption unserer Neutralität an Marignano anknüpfend zu entwickeln.

Der Herr Bundespräsident ist ebenfalls der Meinung, dass man unseren Botschafter in Rom delegieren sollte.

Herr Spühler findet, dass diese Angelegenheit der Ausfluss einer Idee sei, noch schnell etwas zu unternehmen.

Herr Wahlen gibt zu bedenken, dass Marignano für die Schweiz doch ein wichtiges Datum darstelle. 450 Jahre sei auch eine bedeutungsvolle Zeitspanne. Er habe sich deshalb gefragt, ob man nicht einen a. Bundesrat schicken sollte. Der Botschafter dürfte aber wohl das richtigere sein.

Auf die Frage von Herrn Chaudet, wie die Schweiz sich militärisch vertreten lassen soll, antwortet Herr Wahlen, dass man den Militärattaché in Rom dem Botschafter begeben sollte.

Hr. Spühler

Uebernahme des Präsidiums der ehemaligen Schweiz. Spar- und Kreditbank in St. Gallen durch SBB-Generaldirektor Dr. Gschwind

Wie Herr Spühler mitteilt, wurde Herr Gschwind von der Leitung des Schweiz. Bankvereins angefragt, ob er bereit wäre, das Präsidium der erwähnten Bank zu übernehmen. Er habe erklärt, dass er das erst nach seinem Rücktritt als Präsident der Generaldirektion SBB tun wolle. Dies werde am 1. Januar 1966 der Fall sein. Da diese Sondierungen wahrscheinlich publik werden dürfen, habe der Sprechende den Bundesrat orientiert.

Herr Schaffner ~~habe~~ erklärt, ^{sich mit dem vorstehenden Fall völlig einverstanden} ~~dass es ihm nicht recht gefallen~~ ^{bemerkte aber dass in andern Fällen} ~~wolle, dass private Firmen hinter unserem Rücken mit unseren Leuten Abmachungen treffen, was nicht korrekt sei.~~

Herr Bonvin findet, dass es sich hier um einen Spezialfall handle. Herr Schweizer vom Bankverein sei sehr aktiv gewesen. Er habe grosse Mühe gehabt, für die Uebernahme der St. Galler Bank in Direktion und Verwaltungsrat eine Mehrheit zustande zu bringen. Er suchte deshalb auch eine Persönlichkeit wie Herr Gschwind, für das Präsidium der Bank zu erhalten. Da es sich bei der ganzen Aktion um eine für den Bund sehr wichtige Sache handle, betrachte er die vorgesehene Lösung als in Ordnung.

Der Herr Bundespräsident präzisiert, dass man im Falle des Bekanntwerdens dieser Lösung sofort auch bekannt geben müsste, dass Herr Dr. Gschwind auf Ende des Jahres zurücktritt.

Internat. Konferenz für Telecommunication in Montreux

Herr Spühler führt aus, dass die Einladungen zu dieser Konferenz vom Bundesrat ausgehen müssten. Geplant sei, dass UNO-Generalsekretär U'Thant eine Ansprache halte. Man sollte in diesem Sinne an ihn gelangen. Wäre der Herr Bundespräsident bereit, am 14. September die Eröffnungsansprache zu halten?

Nachdem am 14. September der Besuch des dänischen Königspaares vorgesehen ist wird beschlossen, dass Herr Spühler die Eröffnungsansprache halten solle. Er wäre von der Teilnahme beim Empfang des dänischen Königspaares zu dispensieren.

Herr Wahlen bemerkt, dass man am 14. September nicht nur Bundesräte benötige, um den König und die Königin auf ihren Ausflügen zu begleiten sondern, dass sich auch jemand des Aussenministers Haekkerup annehmen müsse. Der König werde der Herr Bundespräsident begleiten, die Königin der Herr Vizepräsident. Man werde dann noch ein Mitglied bestimmen müssen, das dem Aussenminister Gesellschaft leiste.

Herr Spühler führt aus, dass die Frage des Präsidiums der Konferenz einige Schwierigkeiten bereitet habe. Ursprünglich habe Herr Wettstein das Präsidium nicht übernehmen wollen und Herr Langenberger vorgeschlagen. Dazu sei die Frage aufgetaucht, ob Minister Rüeegg nicht die Konferenz präsidieren sollte. Nachdem die PTT-Leute der beteiligten Nationen es bedauert hätten, wenn die Leitung der Konferenz einem Diplomaten statt einer der ihren übertragen worden wäre, habe sich Herr Wettstein entschlossen, selber das Präsidium zu übernehmen.

Herr Wahlen ist froh über diese Mitteilung. Er frage sich aber, ob Herr Wettstein den zu erwartenden Intrigen wegen Portugal und Südafrika gewachsen sein werde. Man müsste ihm dafür einen Diplomaten als Berater zur Verfügung stellen. Herr Rüeegg wäre bereit einzuspringen, wenn sich Schwierigkeiten ergeben sollten.

Hr. von Moos

Floridasystem, Referat Varrone

Herr von Moos erklärt, dass ihm sowohl Varrone als der Umstand, dass er im JPD (Amt für Geistiges Eigentum) amte, unbekannt gewesen sei. Varrone sei zuerst bei der KTA gewesen. Er sei voller Ressentiments gegenüber dem EMD. Herr von Moos habe Varrone ^{fragen lassen} ~~gefragt~~, wie er dazu gekommen sei, in der sozialdemokratischen Fraktion zu sprechen. Er bediene eine ganze Reihe von Zeitungen mit militärischen Artikeln (Bund, NZZ, Basler Nachrichten, Berner Tagblatt u.a.). Ob Varrone auch der militärische Berater der Nationalzeitung sei, habe Herr von Moos nicht herausgebracht.

Man stehe vor der Tatsache, dass ein Beamter des JPD gegen das EMD auf Ressentiments gegründete Angriffe loslässt. Die Angelegenheit sei etwas heikel. Bei der KTA sei Varrone weg, weil er nicht befördert worden sei.

Herr Chaudet hat nichts dagegen, dass Beamte in den Fraktionen Auskunft geben. Herr Varrone hat aber seinen Departementschef nicht gefragt, ob er in die Fraktionssitzung gehen dürfe. Er hat sich dort gegen die Meinung seines Chefs ausgesprochen. Herr Chaudet verlange nicht, dass man etwas gegen Varrone unternehme. Er findet aber, dass unsere Leute ihre Chefs über solche Dinge orientieren sollten. Ferner sei er der Meinung, dass diese Zeitungsschreiberei etwas überwacht werden sollte. Die Artikel Varrones richten sich nicht nur gegen das EMD, sondern auch gegen die Beschlüsse des Bundesrates. Die Frage sei, ob unsere Leute in der Zeitungsschreiberei völlig frei sind, oder ob sie ~~nicht~~ eine gewisse Disziplin halten müssen.

Herr von Moos stellt fest, dass Herr Varrone nur seinen Sektionschef verständigt habe, nicht aber den Departementschef.

- 11 -

Herr Wahlen findet, dass man Varrone einen Verweis erteilen sollte, weil er seinen Departementschef nicht orientiert hat. Es sei auch nicht in Ordnung, wenn ein Beamter grundsätzlich gegen ein anderes Departement Artikel schreibe.

Hr. Bonvin

Zunahme des Alkoholkonsums um 30 %

Herr Bonvin bemerkt, dass ihn diese Erscheinung veranlassen werde, die Alkoholbelastung zu erhöhen.

Präsidialvorbringen

Verwaltungsgebäude für die Bundesverwaltung

Wie Herr Bundespräsident Tschudi mitteilt, sind die Vorprojekte für die Taubenstrasse und Brückenstrasse erstellt. Der Baudirektor finde es aber für inopportun weiterzumachen, wenn man ihm erklären sollte, aus konjunkturpolitischen Gründen gebe es nichts. Er stelle aber fest, dass wegen der Zersplitterung der Verwaltung, wegen der hohen Zinse, die man für die gemieteten Räume bezahlen müsse und wegen des Ungenügens der Barackenunterkunft etwas gehen sollte.

Soll die Baudirektion die Arbeit jetzt so fördern, dass sie in einem halben Jahre botschaftsreife Projekte vorlegen kann?

Herr von Moos erklärt, es wäre glücklich, wenn einmal das Provisorium für die Polizeiabteilung behoben würde.

und die Fremdenpolizei

Herr Wahlen findet, dass man eine solche Botschaft präsentieren sollte. Im zivilen Sektor komme man beim Bund mit dem Bauen zu kurz.

Herr Bonvin findet bei den Projekten die Zahl der Parkplätze für zu klein. Man müsse das auch im Zusammenhang mit der von der Stadt beabsichtigten Erstellung einer unterirdischen Garage prüfen. Was die Konjunkturpolitik betreffe, sei zu sagen, dass der Bund frei sei zu entscheiden, wie er den ihm zur Verfügung stehenden Plafond ausnützen wolle.

* * *